



**EVANGELISCH-REFORMIERTE KIRCHGEMEINDE BRIG
KIRCHGEMEINDERAT**

Tunnelstrasse 9, 3900 Brig; T 027 923 16 19

An
Frau Viola Amherd
Stadtpräsidentin
Alte Simplonstrasse
3900 Brig

Ihr Brief vom 18. März 2011, eingegangen am 21. März 2011

Brig, 22. März 2011

Sehr geehrte Frau Präsidentin

Bezugnehmend auf Ihr gestern bei uns eingegangenes Schreiben möchten wir Ihnen Folgendes antworten und zu bedenken geben:

1. Obwohl wir in unseren beiden Schreiben – vom 28.2.11 an den Stadtrat und vom 10.3.11 an Sie persönlich – mehrere konkrete Vorschläge zur Aussetzung des stadträtlichen Kündigungsbeschlusses und der damit verbundenen Auflösung der Evangelischen Schule genannt haben, schreiben Sie nun: „Leider findet sich weder in den Leserbriefen, noch in den anderen Publikationen, noch im eingangs erwähnten Schreiben der Ansatz einer möglichen Lösung.“ Diese Aussage macht uns nun erneut ratlos, zumal Sie auf keinen einzigen unserer Vorschläge auch nur ansatzweise eingehen! Weshalb werden unsere Vorschläge einfach ignoriert?

Anders gefragt: Wenn – wie Sie sagen und wie wir und die Öffentlichkeit in gutem Glauben angenommen haben – unsere Vorschläge die Grundlage dafür liefern sollen, die Auflösung der Evangelischen Schule zu vermeiden, dann fragen wir schlicht: Welche Art inhaltlicher Vorschläge erwarten Sie denn eigentlich? Welcher Vorschlag könnte denn nach Ihrer Meinung **geeignet** sein, den richtigen „Ansatz einer möglichen Lösung“ darzustellen? Wir wissen beim besten Willen nicht, was Ihnen konkret vorschwebt. Welche Art von Vorschlag wäre für Sie denn überhaupt **valabel** und „prüfbar“?

Jedenfalls konnten Sie doch von uns nicht erwarten, dass wir – überrumpelt von dem Kündigungsbeschluss des Stadtrates – innert einer Monatsfrist ein völlig neues Schulkonzept präsentieren, zumal wir von dem bisherigen ja voll überzeugt sind! Und welches neue Schulkonzept, das dem Stadtrat genehm sein könnte, hätte das denn sein sollen? Weshalb geben Sie uns keinerlei konkreten Parameter an die Hand, in welche Richtung der Stadtrat konstruktive Impulse braucht, um seinen Auflösungsbeschluss zu überdenken?

2. Wir geben zu bedenken: Das Direktionspapier hat klar und ohne Alternative die Auflösung der Evangelischen Schule – *mit* oder *ohne* unsere Einwilligung: dies war die einzige Alternative – als notwendig und dringlich empfohlen. Der Stadtrat hat sich diese Maximalforderung der Schuldirektion – gegen den Empfehlungsbeschluss der Schulkommission, der klar auf Verhandlungen mit der Trägerschaft **vor** einem Entscheid setzte – zu eigen gemacht und zusätzlich völlig ohne Not die scharfe Variante gewählt, nämlich „Kündigung der Vereinbarung“ auf Ende Schuljahr 2011. Damit hat der Stadtrat den naheliegenden Verhandlungsweg formal ausgeschlossen und uns mit der Frist zu einem „Vorschlag“ in die Ecke gedrängt. Während die Monatsfrist nun stetig abläuft, lehnen Sie unsere Vorschläge als inexistent oder untauglich ab, um dann nach Ablauf der Frist „mit Bedauern“ bei Ihrem Kündigungsbeschluss zu bleiben. Sie werden verstehen, dass wir dieses „Schwarze-Peter“-Spiel nicht akzeptieren können.

3. Nun nochmals zu **unseren Lösungsvorschlägen**. Wir durften und mussten davon ausgehen, dass zu den „unbestreitbaren Problemen“ konkrete Lösungen gesucht werden müssen. Deshalb haben wir hierzu unsere praktikablen Vorschläge gemacht:

a. **Vermeidung von Härtefällen bei der Zuteilung nicht-reformierter Schüler:** Wir haben mehrmals vorgeschlagen, das Einverständnis der betroffenen Eltern im Vorfeld abzuklären, um begründete Härtefälle bei der Zuteilung entsprechend berücksichtigen zu können. Der Zuteilungsentscheid bliebe letztlich wie bisher bei der Schuldirektion. Es ginge hierbei also *nicht* um „freie Schulwahl“!

b. **Rückgang der reformierten Schüler:** Ein eklatanter Rückgang evangelischer Schüler ist im Vergleich zum Jahr 2005 statistisch *nicht* festzustellen. Wir denken aber, dass mehr unternommen werden könnte und sollte, um bei reformierten Eltern nachhaltiger für das Angebot der Evangelischen Schule zu werben. Hier sind wir gerne bereit, künftig auch unsererseits mehr zu leisten.

c. **Generell zur Zuteilung nicht-reformierter Schüler an die Evangelische Schule:** Hier ist schlicht darauf hinzuweisen, dass die ergänzende Zuteilung nicht-evangelischer Schüler durchaus kein Novum darstellt, vielmehr ein bereits in der Vereinbarung von 2005 offiziell geregelter Tatbestand ist. Die Vereinbarung sieht vor, dass die Zuteilung nicht-reformierter Kinder in gerechter und verträglicher Weise durch die Schuldirektion erfolgt.

d. **Zur Vermeidung unnötiger Konflikte bzw. zur Erzielung rascher Problemlösungen** haben wir zudem die Einrichtung eines *Koordinationsrates Evangelische Schule* beantragt, der paritätisch zusammengesetzt ist und mindestens einmal pro Schuljahr zusammentritt.

Für die vom Stadtrat genannten Probleme, die angeblich der Erkenntnis-Grund dafür sind, dass „der Weiterbetrieb der Evangelischen Schule leider nicht mehr gewährleistet werden“ kann, liegen also sämtliche Lösungsvorschläge auf dem Tisch. *Mit der Bereitschaft zur Umsetzung unserer Vorschläge entfällt damit aus unserer Sicht jeder Kündigungsgrund.*

4. Die vom Stadtrat *nicht* explizit genannte Annahme – die wir aufgrund bisher fehlender Verhandlungsbereitschaft des Stadtrates indes leider im Hintergrund vermuten müssen –, wonach nämlich die Evangelische Schule in Anbetracht der allgemeinen Situation nicht mehr in die Briger Schullandschaft passe, sind wir durchaus bereit, prüfend in Erwägung

zu ziehen. Allerdings haben wir darauf hingewiesen, dass eine solche Annahme doch wohl *in einem grösseren Kontext* zu prüfen wäre! Es macht aus unserer Sicht in der Sache wenig Sinn, wenn eine solche – sehr einseitige – Augenblicks-Erkenntnis innert kürzester Zeit und ohne intensive Rücksprache mit dem betroffenen Partner in einen Kündigungsbeschluss mündet. Ein derart übereilt – ohne jegliche aussagekräftige Evaluationsgrundlage und ohne konstruktive Beteiligung der Öffentlichkeit – herbeigeführter Auflösungsbeschluss betreffend eine seit Jahrzehnten geschätzte Schule musste von uns als Konfrontation empfunden werden. Entspricht dies den demokratischen Gepflogenheiten?

Da wir indes der Legitimitätsfrage mit Blick auf die Zukunft der Evangelischen Schule keineswegs ausweichen wollen, haben wir Ihnen auch diesbezüglich ein konstruktives Angebot unterbreitet. Dieses schlägt vor, „dass Sie – nach Aussetzung des Kündigungsbeschlusses – eine hochkarätige Arbeitsgruppe unter Ihrer Führung und mit Beteiligung der Trägerschaft ins Leben rufen, die innerhalb der nächsten 2 Jahre die bildungspolitische Situation auf dem Platz Brig unter Einbezug sämtlicher Interessen untersucht und neu bewertet.“ – Um die im Moment entstandene Patt-Situation möglichst rasch zu überwinden, möchten wir vorschlagen, *eine externe, unabhängige Person als Mediator* mit dieser Aufgabe zu betrauen. – Sollte sich dann am Ende herausstellen, dass hinreichende Gründe für eine Schliessung der Evangelischen Schule sprechen, würden wir uns den entsprechenden Konsequenzen gewiss nicht verschliessen.

Wir halten diesen Vorschlag nach wie vor für plausibel, fair und praktikabel.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Es war der Stadtrat selbst, welcher es angesichts der Tragweite seines Beschlusses zur Auflösung der Evangelischen Schule für angemessen hielt, ohne Absprache mit uns und noch bevor wir den offiziellen Entscheid überhaupt in Händen hatten, unverzüglich an die Öffentlichkeit zu gehen. Zudem wurde die Öffentlichkeit in der Medienmitteilung des Stadtrates mit einer Darstellung bedient, die aus unserer Sicht inhaltlich dem Sachverhalt leider in keiner Weise gerecht wurde und zudem irreführende Aussagen enthielt. – Die Trägerschaft ihrerseits hatte sich bis zu jenem Zeitpunkt gegenüber der Öffentlichkeit völlig zurückgehalten und nachweislich auf jede erdenkliche Weise versucht, mit den Entscheidungsträgern ins direkte Gespräch zu kommen. Leider gingen die erst in letzter Minute erfolgten Kontakte sowohl mit der Schulkommission als auch mit Ihnen persönlich nicht über eine *Anhörung* hinaus.

Es kann uns also niemand verdenken, dass wir in der Folge – aufgrund zahlreich eintreffender Rückfragen – nun auch unsererseits gegenüber der Öffentlichkeit Rechenschaft ablegten. Es erstaunt uns und tut weh, dass seitens des Stadtrates die Nutzung demokratischer Möglichkeiten – bei gleichzeitig von uns stets offerierter Bereitschaft, endlich zu einem Ausgleich zu gelangen – als „öffentliche Stimmungsmache“ diskreditiert wird. Die Öffentlichkeit ist – wie Sie den vielen Leserbriefen unschwer entnehmen können – auf vielfältige Weise betroffen. Und sie hat nach unserer Auffassung das Recht, in dieser Angelegenheit mit gehört und ernst genommen zu werden. Demokratie lebt von Beteiligung, fairem Interessenausgleich und dem Mut zum Kompromiss.

Zum Schluss möchten wir es nicht unterlassen, Sie nochmals auf die **höchst problematischen Konsequenzen einer auf Beginn des Schuljahres 2011/12 wirksamen Kündigung der Vereinbarung** aufmerksam zu machen:

a. Der vom Stadtrat publizierte Kündigungs-Entscheid hat in der Evangelischen Schule bereits

psychologisch vielfältig verheerende Auswirkungen gezeitigt: Resignation, Angst und viel Verunsicherung sind auf Seiten des Lehrerteams, der Eltern und Kinder zu spüren. Lehrkräfte, denen man seitens der Schuldirektion diskret versichert hat, sie würden „schon anderweitig“ eine Stelle bekommen und müssten sich also „keine Sorgen machen“, sind innerlich bereits mit ihrer beruflichen Neuorientierung beschäftigt. Dies alles geht zu Lasten des Schulklimas und hätte durch rechtzeitige Verhandlungen vermieden werden können.

b. Mit dem Wirksamwerden der vom Stadtrat ausgesprochenen Kündigung wäre der Evangelischen Schule *ab dem neuen Schuljahr jede vertragsrechtliche Grundlage entzogen*. Ein Weiterbetrieb ohne verhandelte Rahmenbedingungen wäre dann nicht mehr möglich. Eine Kündigung würde daher aus unserer Sicht die *Schliessung der Evangelischen Schule ab diesem Sommer* unweigerlich nach sich ziehen.

c. Die aus der Kündigung der Vereinbarung folgende Schliessung der Evangelischen Schule hätte die Konsequenz einer *Auflösung der jetzigen Klassenverbände und würde eine zwangsweise Umverteilung von mehr als 60 Schülerinnen und Schülern* nach sich ziehen. Eine über Jahre gewachsene Gemeinschaft und eine Vielzahl vertrauter Beziehungen würden damit zerstört.

In summa bedeutet dies: Eine erzwungene „Gleichbehandlung“ wird rücksichtslos auf dem Rücken Dutzender Kinder und Familien ausgetragen. Wir fragen: In welchem Verhältnis steht die *erzwungene Auflösung einer ganzen Schulgemeinschaft* zu den unablässig bemühten – de facto an einer Hand abzuzählenden – „*Zwangszuweisungen*“, die es angeblich in der Vergangenheit gegeben hat?

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Angesichts der wenigen verbleibenden Tage bis zum Ablauf der von Ihnen gesetzten Frist sagen wir: **Es ist noch nicht zu spät, gemeinsam einen vernünftigen Weg einzuschlagen!** Wir haben bisher wahrlich nichts unversucht gelassen, um unseren steten Willen zum Ausgleich unter Beweis zu stellen. Wenn Ihnen persönlich und dem Stadtrat am Erhalt und Wohl der Evangelischen Schule etwas liegt, dann bitten wir Sie jetzt in aller Form um die hierzu geeigneten Schritte und Vorschläge.

Mit freundlichen Grüßen
Für die Trägerschaft

R. Frische, Pfarrer

A. Lüthi, Präsident